



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 46. Sitzung des Ausschusses
für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde
am 12.02.2013, 18:15 Uhr,
im Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum, großer Saal,
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 45. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 15.01.2013
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Information Geh- und Radwegsanierung 2013/2014
 - 7.2. Information zu den Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet
 - 7.3. Information zur Stellplatzsatzung
 - 7.4. Ausbau der Seitenstraßen im Bereich der Eisenbahnstraße
 - 7.5. Information zur Abrechnung der Umweltprojekte 2012
8. Informationsvorlagen
 - 8.1. Vorlage: I/063/2013 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
"Kinderspielplätze in Eberswalde" - Bestandsübersicht

9. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 10.1. Vorlage: BV/912/2013 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Entwurfsplanung Grünfläche Schneiderstraße/Eichwerderstraße
 - 10.2. Vorlage: BV/913/2013 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Vorplanung Ausbau der Verkehrsanlage Zimmerstraße
 - 10.3. Vorlage: BV/914/2013 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Baubeschluss Verkehrsanlage Waldweg
 - 10.4. Vorlage: BV/916/2013 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
1. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Stadt Eberswalde (StrR EW)
 - 10.5. Vorlage: BV/917/2013 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Bebauungsplan Nr. 309 "Badeanstalt"
Beschluss über die Änderung des Geltungsbereiches
Beschluss über die öffentliche Auslegung

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Sachse begrüßt die Anwesenden und insbesondere Herrn Sponner als neues Ausschussmitglied und eröffnet die ABPU-Sitzung.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Sachse stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ABPU beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Es sind 9 Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt anwesend (**siehe Teilnahmeliste Anlage 1**).

TOP 3**Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 45. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 15.01.2013**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

TOP 4**Feststellung der Tagesordnung**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

TOP 5**Informationen des Vorsitzenden**

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP 6**Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner anwesend.

TOP 7**Informationen aus der Stadtverwaltung**

Frau Fellner teilt mit, dass das Wasser- und Schifffahrtsamt Eberswalde (WSA) mit dem Ersatzneubau der Straßenbrücke an der L 200 in diesem Jahr beginnt und informiert über den derzeitigen Ablaufplan:

- Ausschreibung und Vergabe ab April 2013
- Brückenbau (Gründung, Widerlager, Stahlbaumontage) 2013
- Brückenbau (Stahlbaumontage, Fahrbahnplatte und Komplettierung) 2014
- Rampe Nord 1. Halbjahr 2014
- Rampe Süd und Umlegung Verkehr 2. Halbjahr 2014
- Rückbau alte Brücke Januar-März 2015

Am Ende der Bauphase ist angedacht, eine Vollsperrung der L 200 ab September 2014 für ca. 5 Wochen vorzunehmen. Der Verkehr wird dann über die Gemeinde Britz umgeleitet. Die Zufahrtsregelung während der Vollsperrung zum Gewerbegebiet (Gerüstbau Schröder) muss im Einzelnen geklärt werden; die Zufahrt zum Bootshaus erfolgt über den Dr.-Zinn-Weg. Das Wohnhaus auf der nördlichen Seite der Wasserstraße ist zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bewohnt und somit ist eine Zuwegung nicht erforderlich.

Herr Pringal fragt, was aus dem Bollwerk wird, da durch die Verschwenkung der Brücke das Bollwerk verkürzt wird.

Frau Fellner teilt mit, dass das Bollwerk in westliche Richtung verschoben und neu gebaut wird. Das WSA übernimmt die gesamte Fläche und ist dann auch für die Bewirtschaftung und Verpachtung zuständig.

Herr Wittig fragt, ob ein Geh- und Radweg auf der neuen Brücke vorgesehen ist.

Frau Fellner teilt mit, dass der Neubau der Brücke mit Geh- und Radweg der Lückenschluss für das gesamte Radwegenetz bedeutet.

Herr Hey fragt, warum die Straße verschwenkt wird.

Frau Fellner teilt mit, dass durch die beabsichtigte Verschwenkung der Straße im Rahmen des Brückenneubaus eine 2-jährige Vollsperrung der derzeitigen Brücke vermieden werden soll. Nach Abschluss der Baumaßnahme erfolgt der Abriss der alten Brücke.

Frau Fellner teilt mit, dass die Verwaltung sich darum kümmert, dass im öffentlichen Telefonbuch die Telefonnummer des Ratskellers gelöscht wird. (Anfrage von Hrn. Dr. Mai in der Januar-Sitzung)

TOP 7.1

Information Geh- und Radwegsanierung 2013/2014

Frau Fellner bedankt sich bei den Stadtverordneten für die zusätzliche Bereitstellung der Haushaltsmittel für die Geh- und Radwegsanierung und für die gute Zuarbeit aller am Runden Tisch Beteiligten hinsichtlich der erarbeiteten Prioritätenliste.

Frau Fellner weist in der Präsentation auf den Einsatz der Haushaltsmittel im Jahr 2012 hin und erläutert die notwendigen Kriterien- und Rahmenbedingungen. Auch die Maßnahmen, die im Bürgerhaushalt beantragt worden sind und keine Berücksichtigung fanden, sind mit aufgegriffen worden. Frau Fellner merkt positiv an, dass sowohl die Veranstaltungen zum Bürgerhaushalt als auch die Einwohnerversammlungen geeignete Foren sind, um die vor Ort existierenden Probleme erfassen zu können. Weiterhin liegt die Verkehrsentwicklungs- sowie die Radwegeplanung vor und wird fortgeschrieben. Frau Fellner führt an, dass Dank der guten Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen weitere notwendige Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden konnten.

Frau Köhler erläutert die einzelnen Maßnahmen für 2013 und 2014 und informiert, dass:

- die Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen im Februar 2013,
- die öffentlichen Ausschreibungen im März 2013,
- die Beschlussfassung zur Vergabe der Bauleistungen durch den Hauptausschuss im April/Mai 2013 sowie
- die Auftragsvergaben im Mai/Juni 2013

erfolgen sollen.

Der doppelte Haushalt ermöglicht es, bereits am Jahresende 2013 die Maßnahmen für 2014 auszuschreiben und somit eventuell günstigere Ausschreibungsergebnisse für 2014 zu erhalten. Im Zuge der Gehwegsanierung in der Freienwalder Straße Höhe - Waldfriedhof - wird gleichzeitig vom Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft die Friedhofsmauer saniert.

Frau Fellner weist darauf hin, dass die Auflistungen der Maßnahmen als Anlage der Niederschrift beigefügt werden und bei Bedarf die gesamte Präsentation bei Frau Schulz angefordert werden kann. **Siehe Anlage 2**

Frau Wagner fragt, wie die Ausschreibung erfolgt.

Frau Köhler teilt mit, dass wie im Jahr 2012 in zwei Losen ausgeschrieben wird.

Herr Dr. Spangenberg ist der Meinung, dass generell mehr Geld für die Geh- und Radwegsanierung eingesetzt werden muss.

Frau Fellner teilt mit, dass der jährliche Haushaltansatz von 200.000 € maximal 300.000 € zusätzlich für die Geh- und Radwegsanierung positiv und auch qualifiziert umsetzbar ist. Dies muss kontinuierlich in den Folgejahren weiter geführt werden, um das gesamte Stadtgebiet voranzubringen.

Herr Zinn teilt mit, dass es für das Brandenburgische Viertel wünschenswert wäre, nicht nur mit einer Maßnahme im Jahresplan berücksichtigt zu werden. Er äußert aber sein Verständnis darüber, dass an anderer Stelle des Stadtgebietes größerer Bedarf besteht.

Herr Sachse teilt mit, dass im Laufe der weiteren Jahre eine andere Verteilung der Maßnahmen abzusehen ist.

Herr Kumm fragt, woraus sich die unterschiedlichen Preiskalkulationen ergeben.

Frau Köhler informiert, dass es an den unterschiedlichen Materialeinbauten beziehungsweise Wegebreiten und auch an den Wegestandards liegt.

Herr Banaskiewicz fragt, ob die Befahrbarkeit des Gehweges mit dem Auto berücksichtigt ist. Frau Köhler teilt mit, dass die Wege so hergestellt werden, dass eine kurzzeitige Befahrung der Wege möglich ist.

Herr Postler nimmt ab 18.50 Uhr an der Sitzung teil (**10 Anwesende**).

TOP 7.2

Information zu den Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet

Herr Bitzer vom Büro ewe aus Berlin informiert über die Ausgleichsbeträge im Sanierungsgebiet und stellt diese in einer Präsentation dar. **Siehe Anlage 3**

Herr Hey bemerkt, dass die Einsicht zur Zahlung nicht immer da ist, wenn eine spürbare Veränderung für den Eigentümer nicht vorhanden ist.

Herr Bitzer teilt mit, dass die Zahlung der Ausgleichsbeträge gesetzlich geregelt ist und diese entrichtet werden müssen.

Herr Kumm fragt, ob die Bodenrichtwerte für Jeden einzusehen sind.

Herr Bitzer informiert, dass diese im Internet auf Internetportalen und auf der Web-Seite des Landkreises Barnim nachgesehen werden können.

Herr Banaskiewicz fragt, ob eine Endabrechnung erfolgt.

Herr Bitzer teilt mit, dass mit jedem Einzelnen ein Vertrag abgeschlossen wird. Die zu dem Zeitpunkt geltende Höhe des Bodenrichtwertes wird für das entsprechende Gebiet festgeschrieben und kann nicht verändert oder zurückgenommen werden, wenn einmal der Vertrag geschlossen ist.

TOP 7.3

Information zur Stellplatzsatzung

Frau Fellner stellt die Frage nach dem Weiterbestand der Stellplatzsatzung mit einer dazu ausgearbeiteten Präsentation zu Diskussion vor. **siehe Anlage 4**

Herr Hey ist der Meinung, dass es gerade für die neu zu bauenden Ein- und Zweifamilien-Häuser notwendig ist, die Satzung bestehen zu lassen, da sonst die Eigenheimgrundstücksgrößen so gering gewählt werden, dass die Fahrzeuge wieder im Verkehrsraum abgestellt werden.

Das Gleiche gilt für die Industrie- und Gewerbegebiete; die Firmen müssen dafür Sorge tragen, dass genügend Stellplätze für die Angestellten geschaffen werden.

Die Stellplatzsatzung ist aus seiner Sicht erforderlich, sollte aber variabel gestaltet werden.

Herr Wittig fragt, inwieweit die Abschaffung der Stellplatzsatzung Einfluss auf die Schaffung von Behindertenparkplätzen nimmt.

Frau Fellner teilt mit, dass diese Plätze im öffentlichen Raum geschaffen werden.

Herr Götze teilt mit, dass bei Sonderbauten eine gesonderte Regelung im Baurecht festgelegt ist.

Herr Dr. Mai fragt, was mit den Stellplätzen, die in einer Baugenehmigung festgelegt wurden geschieht und ob diese zurückgebaut werden können.

Frau Fellner teilt mit, dass die bereits realisierten Stellplätze, die durch eine Baugenehmigung festgesetzt worden sind, ihren Bestand behalten und nicht zurückgebaut werden dürfen.

Herr Banaskiewicz fragt, wie hoch der 2012 eingenommene Ablösebetrag ist.

Frau Fellner teilt mit, dass 2012 keine Ausgleichsbeträge eingenommen wurden.

Herr Banaskiewicz stellt fest, dass 2011 im Verhältnis zu den anderen Jahren die Einnahme sehr hoch ist.

Herr Götze teilt mit, dass es sich hierbei um einen Einzelfall handelt, da ein Ladengeschäft zur Gaststätte umgebaut worden ist.

Frau Wagner ist der Meinung, dass die Satzung bestehen bleiben soll und es zum jetzigen Zeitpunkt falsch wäre, diese aufzuheben, da diese ein Instrument darstellt, Eigentümern oder Investoren die Verpflichtung aufzuerlegen, notwendige Stellplätze zu schaffen. Gerade im Sanierungsgebiet besteht weiterhin Handlungsbedarf.

Herr Kumm ist auch für den Erhalt der Satzung. Er fragt, ob der Verwaltungsaufwand so groß ist.

Frau Fellner teilt mit, dass dies der Fall ist. Die Satzung muss überarbeitet werden und in diesem Zusammenhang hat die Verwaltung überlegt, mit dieser Information die Satzung auf den Prüfstand zu stellen und die Diskussion und Meinungsfindung im ABPU anzuregen.

Herr Grohs sieht Vor- und Nachteile der Satzung und zählt einige davon auf.

Herr Dr. Mai fragt, ob die Satzung für das gesamte Stadtgebiet gilt. Es wäre besser, dass die Satzung nur für solche Gebiete besteht, wo die Notwendigkeit es erfordert.

Herr Sachse teilt mit, dass die Satzung bereits räumlich zugeschnitten ist. Er schlägt vor, dass die Fraktionen innerhalb von vier Wochen zu einer Meinungsfindung gelangen sollten und diese an die Verwaltung weitergeleitet wird. Die Ergebnisse werden in der Ausschusssitzung im April 2013 vorgestellt.

TOP 7.4

Ausbau der Seitenstraßen im Bereich der Eisenbahnstraße

Frau Köhler stellt in einer Präsentation die Konzeption vor. **Siehe Anlage 5**

Frau Wagner regt an, in der Ludwig-Sandberg-Straße - in Höhe der Johannis Kirche - für eine bessere Beleuchtung zu sorgen.

TOP 7.5

Information zur Abrechnung der Umweltprojekte 2012

Frau Leuschner informiert über die Umweltprojekte 2012 und stellt diese in einer Präsentation vor. **Siehe Anlage 6**

TOP 8

Informationsvorlagen

TOP 8.1

"Kinderspielplätze in Eberswalde" - Bestandsübersicht

I/063/2013

Frau Fellner gibt anhand einer Power-Point-Präsentation eine Übersicht über den aktuellen Bestand der Kinderspielplätze in Eberswalde und stellt weiterhin die Verknüpfung der Ämter des Baudezernates dar. **Siehe Anlage 7**

Frau Wagner schlägt vor, die Spielplätze im Leibnizviertel etwas aufzuwerten, da sich diese in einem mittleren bis mangelhaften Zustand befinden. Es sollten Spiel- und Fitnessgeräte, die zum Beispiel in der Messingwerksiedlung oder auf anderen Spielplätzen, die nicht so gut angenommen werden, Verwendung finden.

Frau Fellner teilt mit, dass auf den Geräten in der Messingwerksiedlung sowie auch anderen Plätzen Fördermittelbindefristen liegen. Die Anregung wird mit aufgenommen.

Frau Oehler fragt, ob für die drei aufgeführten Spielplätze, die nicht so gut angenommen werden, aber die Fördermittelzweckbindung noch einige Jahre läuft, eine bessere Nutzung herbei zu führen und wie die Ermittlungsergebnisse entstanden sind.

Frau Fellner teilt mit, dass die Ergebnisse aus der Bestandsaufnahme der Spielplätze zuständigshalber mit Frau Stieler-Hinz und Frau Ladewig besprochen wurden. Dort wird jetzt geprüft, ob diese Spielplätze gezielt von Kindereinrichtungen besser genutzt werden

können.

Herr Mattis führt aus, dass an den Spielgeräten eindeutig zu erkennen ist, ob sie genutzt werden oder nicht.

Herr Zinn führt aus, dass im letzten Jahr ein Rundgang im Brandenburgischen Viertel durchgeführt wurde und einige teilnehmende Eltern durch diesen Rundgang erst festgestellt haben, dass dort Spielplätze vorhanden sind.

Er würde sich freuen, wenn Arbeitsgruppen oder Organisationen Patenschaften für einen Spielplatz übernehmen.

TOP 9

Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Herr Zinn spricht der Verwaltung seinen Dank aus, dass Frau Fellner und Herr Dr. König mit dem Verwalter des Heidewaldes ein Gespräch geführt haben.

Herr Zimmermann führt an, dass der Knotenpunkt Eisenbahnstraße/Bergerstraße bereits vor 40 Jahren so gestaltet und ausgebaut wurde, um die Eisenbahnstraße zu entlasten und den Verkehr über die Bergerstraße abzuleiten.

Frau Fellner und Frau Köhler teilen mit, dass beide Straßen vor 1989 städtische Straßen waren; erst nach der Wiedervereinigung ist die Eisenbahnstraße als Bundesstraße und somit in die Verkehrsbaulast des Landesbetrieb Straßenwesen übergegangen ist.

Herr Sachse bestätigt, dass die Verkehrsbaulast nach 1989 anders verteilt wurde.

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Entwurfsplanung Grünfläche Schneiderstraße/Eichwerderstraße BV/912/2013

Frau Woitunek, Landschaftsarchitektin aus Eberswalde, stellt die Entwurfsplanung in einer Präsentation vor. **Siehe Anlage 8**

Herr Postler fragt, ob Vorkehrungen angedacht sind, um sich im Sommer auch im Schatten aufhalten zu können.

Frau Woitunek führt aus, dass zwei Bänke auf der nördlichen Seite unter Bäumen platziert werden, so dass diese immer beschattet werden. Auch auf der südlichen Seite sind Bänke an neu zu pflanzenden Eschen platziert worden.

Frau Wagner gibt zu bedenken, dass die Pflasterfläche um das Staudenbeet zu groß ist. Dabei muss bedacht werden, dass bei Regen das anfallende Wasser abgeleitet werden muss. Weiterhin vermisst sie Fitness- und Motorik-Geräte für die ältere Generation die im angren-

zenden Senioreneinrichtung wohnhaft ist.

Frau Weitunek führt aus, dass die Pflasterfläche ausgewählt worden ist, um eine ungehinderte Befahrung mit Rollatoren und Rollstühlen zu ermöglichen. Sandgeschlämmte Schotterdecke schwimmt bei Nässe auf und lässt die Räder nicht mehr leicht über die Flächen rollen. Die Entwässerung der Betonfläche soll überwiegend durch das angelegte Gefälle ins Rundbeet sowie zur Entwässerungsrinne geleitet werden.

Die Wege sind so angelegt, so dass die Anwohner auf den Rundwegen laufen können.

Frau Fellner schlägt vor, die Anregung mitzunehmen und dies im Beteiligungsverfahren mit den Anwohnern zu besprechen, sofern der Entwurfsplanung grundsätzlich zugestimmt wird.

Herr Banaskiewicz fragt:

- Was kosten die Spielgeräte?
- Was kostet der Wegebau?
- Die Gehwegnutzung in der Eichwerderstraße muss ermöglicht werden!

Frau Weitunek informiert, dass die Kostenschätzung vorliegt. Der Gehweg in der Eichwerderstraße ist begehbar und der Bereich, der abgerutscht ist, wird erneuert.

Herr Pringal schlägt vor, die Abfallbehälter unmittelbar an den Bänken zu platzieren. Weiterhin fragt er, ob der Weidenhain die angrenzende Wegeverbindung mit den Wurzeln (Weide ist ein Flachwurzler) anhebt.

Frau Weitunek informiert, dass die Abfallbehälter bewusst nicht an den Bänken platziert wurden, um die im Sommer anfallende Geruchsbelästigung und umher fliegende Insekten (z. B. Wespen) von den Bänken fernzuhalten.

Die Gefahr, dass die Weiden den Gehweg anheben, ist nicht so groß.

Herr Sachse weist darauf hin, dass kein durchgehender Gehweg vorhanden ist, wenn man von der Bruno-H.-Bürgel-Schule kommt und dass der Gehweg zum Teil nicht genutzt werden kann, da von einem Grundstück die gärtnerische Bepflanzung in den Gehweg hineinragt.

Herr Sachse fragt, was die Verwaltung diesbezüglich unternehmen wird.

Frau Fellner teilt mit, dass im vorderen Bereich (Breite Str.) die Eichwerderstraße an der LSA gequert werden kann.

Frau Oehler ist erfreut, dass diese Fläche in der nördlichen Altstadt entsteht. Die Pflasterfläche sollte so gering wie möglich gestaltet und das Staudenrundbeet vergrößert werden. Die angedachte Wiese, als Spielfläche vorzusehen, ist ungeeignet, da die derzeit dort wohnenden Kinder die Fläche als Bolzplatz und Fußballfläche benutzen.

Der Stabgitterzaun zur Schneiderstraße ist aus Sicht von Frau Oehler nicht notwendig, da dort kein großes Verkehrsaufkommen ist.

Frau Oehler bittet Frau Weitunek, den Nordrichtungspfeil auf der Zeichnung zu überprüfen. Frau Weitunek weist darauf hin, wenn die Betonflächen verkleinert werden, erhöht sich der Pflegeaufwand.

Herr Mattes weist darauf hin, dass eine wassergebundene Decke sehr pflegeintensiv ist.

Herr Hey fragt, ob die Bänke barrierefrei sind.

Frau Weitunek teilt mit, dass die Maßnahme und die Möblierung mit der Behindertenbeauftragten der Stadt Eberswalde, Frau Bunge, abgestimmt ist.

Herr Dr. Mai schlägt vor, den Richterplatz umzugestalten, um die Nutzung für die Anwohner aus dem Seniorenheim zu gewährleisten.

Frau Fellner teilt mit, dass auch dieser Platz mit Fördermitteln gebaut wurde und einer Zweckbindung von 25 Jahren unterliegt.

Sie informiert, dass die Entwurfsplanung im Frühjahr den Kindern, Jugendlichen, Seniorenheimbewohnern und Anwohnern vorgelegt wird und die heutigen Anregungen diskutiert werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet die Entwurfsplanung zum Bau der Grünfläche Schneiderstraße.

TOP 10.2

Vorplanung Ausbau der Verkehrsanlage Zimmerstraße BV/913/2013

Herr Uwe Grohs nimmt an der Diskussion und Abstimmung nicht teil, da er befangen ist.

Herr Grohs (Junior), Büro ibe, stellt die Vorplanung anhand einer Präsentation vor. **siehe Anlage 9**

Herr Hey fragt nach dem Gefälle des Gehweges, da dieser zum jetzigen Zeitpunkt sehr stark ist.

Herr Grohs informiert, dass in allen drei Varianten auf beiden Gehwegen das Gefälle 2,5 % beträgt.

Herr Sachse fragt, ob der Richtungsverkehr der Zimmerstraße mit dem der Ammonstraße abgestimmt ist.

Frau Köhler informiert, dass die Verwaltung die Variante 1 vorschlägt, wo einseitig geparkt werden kann und in beiden Richtungen gefahren wird. Die Straße wird so ausgebaut, dass mehrere Varianten zur Einbahnstraße auch eingeführt werden können. Das bedeutet beidseitiges Parken und die Einbahnstraße Richtung von der Bergerstraße in Richtung Eisenbahnstraße geführt wird, so dass von der Eisenbahnstraße in die Ammonstraße in Richtung Bergerstraße und von der Bergerstraße durch die Zimmerstraße in Richtung Eisenbahnstraße gefahren werden kann.

Herr Sachse fragt weiterhin, ob eine Baumpflanzung in der Zimmerstraße möglich ist, da sich sehr viele Versorgungsleitungen im Straßenkörper befinden.

Herr Grohs teilt mit, dass zurzeit die Untersuchungen laufen und die Versorgungsträger angeschrieben wurden, die Leitungspläne zu übergeben. Nach jetzigem Kenntnisstand besteht die Möglichkeit, auf der linken Seite eine Baumreihe zu pflanzen.

Herr Dr. Mai fragt, was mit der unterliegenden Straße passiert.

Herr Grohs informiert, dass jede Straße einzeln aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet die Vorplanung Variante 1 mit Stand vom Dezember 2012 für den Ausbau der Verkehrsanlage Zimmerstraße.

TOP 10.3

Baubeschluss Verkehrsanlage Waldweg BV/914/2013

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:
Der Hauptausschuss stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Verkehrsanlage Waldweg zu und beschließt den Bau der Verkehrsanlage.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

TOP 10.4

1. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Stadt Eberswalde (StrR EW) BV/916/2013

Frau Fellner bittet im Namen der Verwaltung um Entschuldigung und um Abstimmung zur Korrektur der Satzungsänderung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Stadt Eberswalde (StrR EW).

TOP 10.5

Bebauungsplan Nr. 309 "Badeanstalt" Beschluss über die Änderung des Geltungsbereiches Beschluss über die öffentliche Auslegung BV/917/2013

Herr Uwe Grohs nimmt an der Diskussion und Abstimmung nicht teil, da er befangen ist.

Herr Müller äußert seine Meinung zur Wegeführung des Treidelweges und ist damit nicht ganz einverstanden.

Herr Dr. Mai fragt nach der Wegeführung des Treidelweges.

Frau Fellner teilt mit, dass der Treidelweg nur um das Wasserbecken geführt wird.

Herr Postler bittet um eine ordnungsgemäße und keine rechtwinklige Wegeführung, um auch Radfahren eine Nutzung der Wege zu ermöglichen.

Frau Fellner teilt mit, dass die Wegeführung selbstverständlich fahrradfahrerfreundlich und mit Leitvorrichtungen gestaltet und diese aber nicht im Detail in einem B-Plan festgehalten werden.

Frau Oehler fragt, ob die Prüfung erfolgt ist, dass unbedingt das hochwertige Biotop in Anspruch genommen werden muss und keine andere Möglichkeit bestand.

Frau Junge vom Planungsbüro ibe teilt mit, dass es sich nur um eine kleine Schilffläche handelt und Ausgleichsflächen entstehen.

Frau Oehler fragt weiterhin, warum das Oberflächenwasser Einfluss auf das Grundwasser hat.

Frau Junge teilt mit, dass ein Teil des Oberflächenwassers in den Finowkanal abgeleitet wird, aber auch ins Hafenbecken läuft.

Frau Oehler hat noch eine Frage zur Wasserqualität, da zum einen das Wasser aus dem Finowkanal eine schlechte Qualität hat, dahingegen das Wasser aber als Badewasser im Becken genutzt werden soll und wieder in den Finowkanal ohne Reinigung eingeleitet werden soll.

Frau Junge teilt mit, dass die Wasserqualität des Finowkanals geprüft wurde und festzustellen ist, dass diese Badewasserqualität hat.

Frau Fellner fügt hinzu, dass die Wasserqualität Auswirkungen auf die wasserrechtliche Genehmigung hat.

Herr Pringal hat eine Frage zur Geschossigkeit der Gebäude.

Frau Müssig, ibe, teilt mit, dass die Zweigeschossigkeit sich nur auf das vorhandene Wohngebäude bezieht.

Weiterhin fragt er, ob die versiegelte Fläche so groß sein muss.

Frau Müssig informiert, dass es sich um die Fläche der Marina handelt und diese versiegelt werden kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 309 „Badeanstalt“ wird auf Grund des geänderten Geltungsbereiches gem. § 2 Abs. 1 BauGB erneut beschlossen.
Zum Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 309 „Badeanstalt“ gehören folgende Flurstücke:
Gemarkung: Eberswalde
Flur: 6
Flurstücke: 901, 902, 903, 904, 905, 978 tlw., 1402 tlw.
Flur: 10
Flurstücke: 4, 9 tlw., 5/1, 5/2, 5/3, 5/4, 5/5, 5/6, 6/2, 1044, 1045, 1046 tlw.
Der Übersichtsplan (unmaßstäblich) in der Anlage 1 ist Bestandteil des erneuten Aufstellungsbeschlusses.
Der Bebauungsplan soll die Nachnutzung der denkmalgeschützten ehemaligen Städ-

tischen Badeanstalt zu einer wassertouristischen Freizeit- und Erholungseinrichtung und die touristische Nachnutzung der ehemaligen Rundfunkversuchsanstalt planungsrechtlich absichern. Dabei wird eine städtebauliche Lösung angestrebt, die in geeigneter Weise den Ansprüchen des Denkmalschutzes genügt und gleichzeitig den funktionellräumlichen Nutzungsansprüchen des Investors gerecht wird.

Die im Plangebiet vorhandene freiberuflich-künstlerische Nutzungsausübung soll dauerhaft gesichert werden.

2. Der nach Maßgabe der Synopse vom 17.01.2012 erarbeitete Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 309 „Badeanstalt“ und seine Begründung werden in der vorliegenden Fassung vom Januar 2013 gebilligt.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 309 „Badeanstalt“ und seine Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Fristgerecht vorgebrachte Stellungnahmen sind der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die öffentliche Auslegung bekannt zu machen und mitzuteilen, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.

Wolfgang Sachse
Vorsitzender des Ausschusses
für Bau, Planung und Umwelt

Gerda Schulz
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Wolfgang Sachse

- **Stellvertreter des Vorsitzenden**
Eckhard Schubert

- **Ausschussmitglied**
Frank Banaskiewicz
Uwe Grohs
Jürgen Kumm
Dr. Hans Mai
Karen Oehler
Ingo Postler ab 18.50 Uhr anwesend
Dr. Günther Spangenberg
Gottfried Sponner

- **sachkundige Einwohner/innen**
Uwe Ebert entschuldigt
Thomas Gelhaar entschuldigt
Dr. Bernhard Götz entschuldigt
Wolfram Hey
Hans-Jürgen Müller
Horst Nuglisch
Roy Pringal
Karin Wagner
Hartmut Wittig
Rolf Zimmermann

- **Ortsvorsteher/in**
Werner Jorde
Karen Oehler
Wolfgang Sachse
Carsten Zinn

- **Dezernent/in**
Anne Fellner

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Udo Götze
Katrín Heidenfelder
Burkhard Jungnickel
Heike Köhler
Kornelia Kroll
Silke Leuschner
Beatrix Pohl